

## Protokoll

### **21. öffentliche Sitzung des Ausschusses Bauen, Regionale Entwicklung und Wirtschaft vom 04.11.2025, Lüchow (Wendland), Kreishaus, Raum A200**

#### Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

#### **Öffentlicher Teil**

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 1. Genehmigung des Protokolls der 20. Ausschusssitzung vom 04.09.2025
- 2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3. Sanierung Kreishaus 2025/495
- 4. Produkthaushalt 2026: Produkte 55101 Naturpark, 57102 Regionalentwicklung, 57501 Tourismus 2025/586
- 5. Produkthaushalt 2026: Produkt 57101 Wirtschaftsförderung 2025/627
- 6. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 6.1 Ergebnisse der Unternehmensbefragung zur Potenzialeinschätzung Güterverladebahnhof Dannenberg 2025/588
- 6.2. Elbbrücke Darchau/Neu Darchau (ständiger TOP) 2025/643

#### **Nicht öffentlicher Teil**

- 7. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung

#### Anwesend:

KTA Beckmann, Uwe  
KTA Herzog, Kurt  
KTA Heuer, Johannes  
KTA Hillmer, Birgitta  
KTA Korth, Friedhelm Dietmar  
KTA Mertins, Holger  
KTA Petersen, Torsten  
KTA Siebolds, Reinhard  
KTA Siemke, Jörg Heinrich  
KTA Allgayer-Reetze, Patricia  
KTA Hensel, Thorsten  
Beratendes Mitglied BRW Flügge, Thomas  
Landrätin Schulz, Dagmar  
Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel  
Leiterin GIS-Büro Hüsing, Natalia  
FDL 63 Schwarz, Jürgen  
Stabstellenleiterin-Regionale Entwicklungsprozesse Servatius, Nicole  
Gebäudemanagement Uelzen/Lüchow-Dannenberg Ewald, Jane  
Protokoll Magiera, Anja

#### Es fehlen:

KTA Dorendorf, Uwe stellv. Vorsitzender entschuldigt  
KTA Drossel, Fabian  
Beratendes Mitglied BRW Lettenbichler, Robert entschuldigt  
Beratendes Mitglied Ressel, Andreas

**Beginn:** 15:00 Uhr

**Ende:** Uhr  
nichtöffentlicher Teil: - Uhr

## Öffentlicher Teil

### **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

**KTA Herzog** betont, dass die ordnungsgemäße Ladung nicht festgestellt werden könne, da zu den Tagesordnungspunkten 4, 7, 8.1 und 8.4 angekündigte Unterlagen nicht angekommen seien. Er kündigt an, zukünftig nicht mehr bereit zu sein, dies hinzunehmen, und erwarte Maßnahmen der Verwaltung. Seine Gruppe beantragt zudem einen Dringlichkeitsantrag zum Thema Batteriespeicher, da seiner Ansicht nach die Verwaltungsspitze eine Pressekonferenz zu diesem Thema mit der EJZ und der AVACON abgehalten habe.

**Vorsitzender KTA Siemke** erkennt keine Eilbedürftigkeit an und lässt darüber abstimmen den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

**KTA Herzog** kritisiert, dass keine Begründung für die Ablehnung vorliege, und betont die Wichtigkeit des Themas.

**Vorsitzender KTA Siemke** bestätigt, dass aus Sicht der Verwaltung keine Eilbedürftigkeit bestehe.

**Vorsitzender KTA Siemke** fragt ob weitere Mitglieder, die Unterlagen nicht erhalten hätten.

**KTA Hillmer** bestätigt, dass auch sie die Unterlagen nicht erhalten habe, und **KTA Herzog** betont erneut, dass die Geschäftsordnung verletzt werde, da die Unterlagen nicht ordnungsgemäß versendet worden seien.

**KTA Allgayer-Reetze** teilt die Kritik und fordert konkrete Maßnahmen der Verwaltung zur Sicherstellung der Übersendung der Unterlagen.

**KTA Herzog** argumentiert, dass die digitale Arbeitsweise nicht für alle Mitglieder möglich sei und dass die Geschäftsordnung den Papierversand erlaube.

**KTA Allgayer-Reetze** kritisiert die wiederholte Verspätung und fordert strukturelle Lösungen, da die aktuelle Situation die Arbeit des Ausschusses behindere.

**KTA Petersen** erwähnt die 5 Tagesfrist zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Ladung.

**Vorsitzender KTA Siemke** erkennt die Bringschuld der Verwaltung an.

**LRin Schulz** erklärt, dass Personalengpässe im Sitzungsdienst zu Verzögerungen führen, und schlägt einen Bringdienst mit Außendienstmitarbeitern vor.

**Vorsitzender KTA Siemke** fasst zusammen, dass die Tagesordnungspunkte 4, 7, 8.1 und 8.4 aufgrund der fehlenden Unterlagen von der Tagesordnung genommen werden. Die Tagesordnungspunkte verschieben sich dementsprechend.

### Abstimmungsergebnis:

Dringlichkeitsantrag mehrheitlich abgelehnt: Ja-Stimmen: 2 Nein-Stimmen: 5 Enthaltung: 2  
Geänderte Tagesordnung einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

### **1. Genehmigung des Protokolls der 20. Ausschusssitzung vom 04.09.2025**

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 2

### **2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

**Vorsitzender KTA Siemke** eröffnet die Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner. Er stellt fest, dass keine Einwohnerinnen oder Einwohner anwesend sind, die Fragen stellen möchten, und schließt den Tagesordnungspunkt daraufhin.

### 3. Sanierung Kreishaus

2025/495

**EKR Schermuly** betont, dass der Kreishaussanierungs-TOP erneut in den BRW verlegt wurde, um aufgrund der Asbestbelastung (erkannt in Juli/August) die Planung neu zu starten. Die bisherigen Planungen seien obsolet, da die Asbestsanierung (Trockenbauwände, Keller) die Kosten und Umsetzung gravierend verändere. Die ursprünglich für 2026 geplanten 5 Millionen Euro Sanierungsgelder würden aktuell nicht angefragt, stattdessen seien 450.000 Euro Planungskosten erforderlich, um bis 2026 verlässliche Kostensätze zu ermitteln. Die Freigabe dieser Mittel sei dringend, um nicht bis April 2026 warten zu müssen. Eine Machbarkeitsstudie zur Asbestsanierung werde bis Dezember 2025 vorliegen, um den Kreisausschuss zu informieren.

**Vorsitzender KTA Siemke** betont, dass der Ausschuss fachlich begleiten, nicht monetär verantworten solle. Er schlägt eine Ortsbegehung vor, sobald konkrete Erkenntnisse vorliegen, um die Sanierungsmaßnahmen zu prüfen.

**KTA Herzog** kritisiert, dass der Beschlussvorschlag (Variante 3 mit 17,8 Millionen Euro) keine klaren Kosten für Asbestsanierung und Entsorgung enthalte. Der erste Teil des Beschlusses sei nicht verabschiedbar, da die Kostenbasis fehle. Der zweite Teil (Planungskosten) sei eine „Wundertüte“, da die Planung noch unklar sei.

**KTA Beckmann** fordert eine Vorberatung, da bisherige Planungen obsolet seien. Er schlägt eine exemplarische Ortsbesichtigung vor, um die Sanierungsbedarfe zu klären, insbesondere nach der Asbestentdeckung.

**Frau Ewald vom Gebäudemanagement** erklärt, dass die Sanierungsvarianten (Neubau, einfache Sanierung, umfassende Sanierung mit Heizung und Elektro) aufgrund neuer Bauvorschriften entstanden seien. Die Machbarkeitsstudie werde klären, ob Wände bleiben oder entfernt werden müssen. Die Asbestbelastung erzwingen nun den Rückbau der Gipskartonwände, was die Kosten und Planung erneut verändere. Für die Planung seien 450.000 Euro erforderlich, um fundierte Kostensätze zu ermitteln.

**KTA Siebolds** fragt, ob eine Organisationsplanung erforderlich sei, um zukünftige Raumveränderungen zu vermeiden.

**KTA Allgayer-Reetze** betont, dass bei Wandumbau neue Raumkonzepte (z. B. Einzelbüros) geprüft werden müssten, um die Chance für bessere Nutzung zu nutzen.

**FDL 20 Erlebach** erwähnt, dass Mitarbeitende mit der aktuellen Raumaufteilung zufrieden seien, aber bei Wandumbau Flexibilität (z. B. durch verschiebbare Wände) geprüft werden müsse.

**Vorsitzender KTA Siemke** fasst zusammen, dass die Freigabe von 450.000 Euro Planungskosten priorisiert werden müsse, um bis 2026 verlässliche Zahlen zu erhalten. Die Machbarkeitsstudie (Asbest) sei in den vorhandenen Mitteln enthalten.

**KTA Beckmann** fragt nach der Grundlage der Planungskosten (17,8 Millionen Euro) und betont, dass interne Planungskapazitäten genutzt werden könnten, um Kosten zu sparen.

**Vorsitzender KTA Siemke** schlägt vor, den ersten Teil des Beschlussvorschlages zu streichen und den zweiten Teil (450.000 Euro) mit der Bedingung zu empfehlen, dass bei der nächsten Sitzung ein Kurzbericht über die Machbarkeitsstudie vorliege.

**FDL 20 Erlebach** weist darauf hin, dass für 2026 zusätzlich 1 Million Euro Planungskosten benötigt werden.

**Die vorab notwendigen Planungskosten in Höhe von 450.000 EUR werden überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt aus dem Haushaltsrest für die Sofortmaßnahmen zur Ertüchtigung der Liegenschaft Neu Tramm.**

**Die „umgewidmete“ Summe wird in den Haushalt 2026 eingestellt.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

**StbL Frau Servatius** trägt aus der Sitzungsvorlage des Produkthaushalts der Stabsstelle Regionale Entwicklungsprozesse, die die Produkte Naturpark, Regionalentwicklung und Tourismus beinhaltet vor. Die Kostenentwicklung von 2021 bis 2024 umfasste ursprünglich die Wirtschaftsförderung und die Stabsstelle Regionale Entwicklungsprozesse, die ab 2024 getrennt dargestellt werden. 2024 startete das Projekt „Zukunftsregion“ und ein weiteres Projekt endete. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurden 40.000 Euro eingespart.

2025 erfolgte eine Budgetaufteilung in Produkt 57101 (Wirtschaftsförderung) und 57102 (Regionalentwicklungen). Die Kosteneinsparung durch den Umzug der Stabsstelle betrug 35.000 Euro. 2026 seien zwei geförderte Projekte geplant: die „Zukunftsregion“ und das „integrierte Fördermittelmanagement“. Im Tourismusprodukt seien investive Maßnahmen in der Nemitzer Heide zurückgestellt, da eine Machbarkeitsstudie zur Ermittlung von Baukosten und Naturschutzaspekten erforderlich sei. Der Naturpark erhalte eine Zuwendung von 250.000 Euro, ergänzt durch einen Kofinanzierungsbeitrag von 3.700 Euro für das Projekt „Sternpark“. Die Liegenschaften Nemitzer Heidehaus, Schafstall und Turm Hoher Mechtin würden durch den Naturpark refinanziert.

Im Produkt „57102“ reduzieren hohe Fördermittel (Land: 58.000 Euro, Bund: 158.000 Euro) mit einer 90%-igen Quote das Defizit erheblich. Die Sachkostenpauschale im Projekt umfassen 82.000 Euro für das Projektteam der „Zukunftsregion“, 35.000 Euro für das „integrierte Fördermittelmanagement“ und 60.000 Euro für KI-Anwendungen. Zudem seien Beteiligungen in der Metropolregion Hamburg und der Leader Region sowie ein Antragsbudget von 30.000 Euro für Studien vorgesehen.

**Vorsitzender KTA Siemke** fragt die Abstimmung der KI-Mittel (60.000 Euro) mit den Samtgemeinden an, um redundante Systeme zu vermeiden. Er betone die Notwendigkeit einheitlicher IT-Lösungen, um Folgekosten zu reduzieren, und fordert eine schriftliche Antwort. Zudem wird zu Protokoll gegeben, dass Investitionen in EDV und KI nur zu genehmigen sind, wenn sie zuvor mit den Samtgemeinden abgestimmt seien, andernfalls sei eine Begründung vorzulegen.

**KTA Heuer** hinterfragt die Defizitreduktion in 2026 aufgrund der hohen Fördermittel und erkundigt sich nach der Erklärung für die unveränderten Personalaufwendungen trotz auslaufender Projekte.

**StbL Servatius erklärt**, dass das Projekt „Fördermittelmanagement“ bis 2027 laufe und die Personalkostensteigerung um 3 % den Anstieg begründe.

**KTA Heuer** fragt weiterhin, ob die Fördermittel für 2027 bereits in 2026 berücksichtigt seien, was **StL Servatius** bestätigt, wobei Rückstellungen möglich seien, falls Sachkosten nicht vollständig ausgeschöpft würden.

**KTA Heuer** fragt abschließend, warum Personalkosten in 2028 nicht sinken würden, was **StL Servatius** auf einen Übertragungsfehler zurückführt.

**KTA Herzog** erkundigt sich nach der Evaluation des Projekts „C2C“, das im April 2024 endete, und kritisierte die fehlende Darstellung von Ergebnissen und Auswirkungen.

**StbL Servatius** erläutert, dass ein Folgeprojekt („Zirkular Wendland“) existiere und ein Sachbericht eingereicht worden sei, jedoch kein interner Evaluationsbericht.

**KTA Herzog** möchte wissen, ob der geplante Skywalk in der Nemitzer Heide noch realisiert werde, was **StL Servatius** bestätigt, wobei zunächst eine Machbarkeitsstudie notwendig sei. Es handele sich um einen barrierefreien Holzsteg.

**KTA Herzog** fragte zudem nach den fehlenden Kennzahlen im Tourismusprodukt.

**StbL Servatius** erläutert, dass die Kennzahlen im Tourismusprodukt nicht dargestellt würden, da das touristische Marketing an das Destinationsmanagement Wendland-Elbe weitergegeben sei, das jährlich Berichte vorlege. Zudem sei die Erfassung von Besucherzahlen aufgrund der Struktur des Landkreises (Kleinstbetriebe) schwierig. Im Produkt 57501 seien 100.000 Euro Abschreibungen für den Elbradweg-Ausbau vorgesehen. Zudem sei ein gemeinsamer Förderantrag für Tourismuskennzahlen mit der Biosphärenreservatsverwaltung geplant.

**Vorsitzender KTA Siemke** gibt zu Protokoll dass die geförderte Personalstelle ab 2028 aus dem Plan herausgenommen werden müsse. Zudem besteht er darauf die KI-Finanzierung (60.000 Euro) mit den Samtgemeinden abzustimmen, um einheitliche Software Nutzung zu ermöglichen. Falls es zu keiner einheitlichen Softwarelösung käme, sei ein Bericht im Ausschuss erforderlich. Zudem wurde festgelegt, dass

Voruntersuchungen für den barrierefreien Steg (Nemitzer Heide) im Ausschuss vorbereitet werden müssen und nicht nur durch den Kreisausschuss entschieden werden dürften.

**KTA Beckmann** kritisiert die Verzögerung des Elbradweg-Ausbaus und forderte, die geplante Summe von 250.000 Euro in den Haushalt aufzunehmen.

**StBL Servatius** antwortet, dass Planungskosten und Ausgleichsflächen erst in 2026 abschließend klärbar seien, weshalb die Mittel noch nicht in 2026 eingeplant seien.

**KTA Beckmann** stellte einen Antrag, die Summe in den Haushalt einzustellen, der aufgrund der Tagesordnungskürzung jedoch auf die nächste Sitzung verschoben wurde.

**Für das Haushaltsjahr 2026 werden folgende Plan-Zahlen für den Ergebnishaushalt festgelegt:**

	Erträge	Aufwendungen	Defizit
Produkt 55101 <b>Naturpark</b>	22.200,00 €	276.700,00 €	-254.500,00 €
Produkt 57102 <b>Regionalentwicklung</b>	424.400,00 €	575.300,00 €	-150.900,00 €
Produkt 57501 <b>Tourismus</b>	109.300,00 €	300.100,00 €	-190.800,00 €
<b>Budget 80 gesamt</b>	<b>555.900,00 €</b>	<b>1.152.100,00 €</b>	<b>-596.200,00 €</b>

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich empfohlen Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung: 2

<b>5. Produkthaushalt 2026: Produkt 57101 Wirtschaftsförderung</b>	2025/627
--	----------

**EKR Schermuly** betont, dass die Struktur des Tagesordnungspunkts 5 (Produkthaushalt 26, Wirtschaftsförderung) der getrennten Zuständigkeiten entspreche. Er erläutert, dass die Wirtschaftsförderung seit 2025 durch den Dienstleistungsvertrag mit der GWBF realisiert werde, der bis 31.12.2026 befristet sei und 200.000 Euro an die GWBF überweise. Die Vergleichbarkeit mit 2024 sei schwierig, da die Wirtschaftsförderung damals der Stabsstelle 80 zugeordnet gewesen sei. In 2026 entfielen Bundeszuweisungen von knapp 100.000 Euro und Planstellen, sodass der Landkreis keine Vollzeitäquivalente mehr für die Wirtschaftsförderung einsetze. Die Erträge aus Avacon-Aktien beträfen etwa 116.000 Euro. Die Aufwendungen umfassen die 200.000 Euro an die GWBF, 28.300 Euro für Beteiligungen (z. B. Dachkosten der inneren neuen GmbH, EDV-Kosten) sowie 33.100 Euro Mietkosten für die GWBF in der ersten Etage des Kreishauses. EKR Schermuly kündigt an, bestimmte Positionen wie die 28.300 Euro für Geoinformationssysteme (GEFIS) und Homepages (z. B. Wirtschaft-DAN) zu prüfen, um sie künftig der GWBF zuzurechnen.

**Vorsitzender KTA Siemke** weist darauf hin, dass die Wirtschaftsförderung eine neue Zuständigkeit sei und nicht in den vorherigen Tagesordnungspunkten behandelt werde. Er vermutet, dass die Zahl 11.600 im Plan ein Druckfehler sei.

**KTA Herzog** kritisiert die mangelnde Transparenz durch fehlende Fußnoten in der Sitzungsunterlage. Er verweist auf eine Ausschussdarstellung auf Stadtebene, in der jede Zeile mit Fußnoten versehen sei.

**EKR Schermuly** erklärt, dass er aufgrund von Zeitmangel die Fußnoten nicht verschriftlichen könne, da er mehrere Tätigkeiten inne habe. Er nehme die Kritik an und verspricht Besserung, betont jedoch, dass er im Ausschuss mündlich Rede und Antwort stehe.

**Für das Haushaltsjahr 2026 werden folgende Plan-Zahlen für den Ergebnishaushalt festgelegt:**

	Erträge	Aufwendungen	Defizit
Produkt 57101 <b>Wirtschaftsförderung</b>	117.200,00 €	286.600,00 €	-169.400,00 €
<b>Budget 57101 gesamt</b>	<b>117.200,00 €</b>	<b>286.600,00 €</b>	<b>-169.400,00 €</b>

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich empfohlen Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 2

## 6. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

### 6.1. Ergebnisse der Unternehmensbefragung zur Potenzialeinschätzung Güterverladebahnhof Dannenberg

2025/588

**Vorsitzender KTA Siemke** weist auf den Tagesordnungspunkt 6.1 hin, der die Ergebnisse der Unternehmensbefragung zur Potenzialeinschätzung Güterverladebahnen in Brandenburg beinhaltet.

**KTA Hensel** schlägt vor, im nächsten Jahr mit den etwa 10 Unternehmen, die grundsätzlich Interesse bekundet hätten, einen Arbeitskreis einzurichten, um das Projekt weiterzuentwickeln. Ein negatives Votum der DB InfraGo solle nicht zum Abbruch führen, vielmehr müsse man alternative Partner suchen, da kleinere Güterbahnunternehmen flexibler seien.

**EKR Schermuly** berichtet über eine Videokonferenz mit der DB InfraGo, bei der Handlungsempfehlungen ausgearbeitet worden seien. Frau Schlüsselburg arbeite an der Umsetzung dieser Empfehlungen und werde in Gespräche mit den Unternehmen gehen. Die DB InfraGo habe konkrete Vorschläge zur Wiederaufnahme des Güterverkehrs unterbreitet, die aktuell verfolgt würden.

**KTA Petersen** zweifelt an der Machbarkeit des Projekts, da lediglich sechs Unternehmen Interesse gezeigt hätten. Er hält es für nicht sinnvoll, weitere Ressourcen in ein Projekt zu investieren, das nicht ausreichend Unterstützung finde. Die Befragung habe gezeigt, dass die Unternehmen den Güterverkehr nicht als tragfähig erachteten, insbesondere bei geringen Tonnagen. Er betont, dass die Realitäten anerkannt werden müssten.

**KTA Herzog** bestätigt die Skepsis und weist auf die langfristige Schrumpfung des Güterverkehrs in Lüchow-Dannenberg hin. Er kritisiert die unrealistische Vision eines Logistik-Hubs und betont, dass viele Unternehmen zwar grundsätzlich Interesse bekundeten, aber ihre bestehende Logistikstruktur nicht veränderten würden. Solange die Verkehrspolitik unverändert bleibe, sei ein Erfolg nicht zu erwarten.

**KTA Hensel** widerspricht, dass lediglich sechs Unternehmen Interesse gezeigt hätten. Er betont, dass die Befragung mit 37 Fragen nur unvollständig beantwortet worden sei und weitere Unternehmen unter bestimmten Bedingungen investieren würden. Er räumt ein, dass die Verkehrspolitik nicht fördernd wirke, betont aber, dass man dennoch am Projekt festhalten müsse, da es Chancen biete. Er plädiert für eine realistische Planung über einen Zeitraum von drei Jahren.

**KTA Beckmann** nennt die Firma Voelkel als Beispiel für ein Unternehmen mit großem Interesse an Bahngleisen, betont aber, dass diese nicht vom Güterverkehr in Dannenberg profitieren werden. Er verweist auf die SKF als weiteres Unternehmen, das in Betracht komme, und fordert, die Gespräche mit der Bahn abzuwarten.

**Vorsitzender KTA Siemke** merkt an, dass die meisten landwirtschaftlichen Produkte im Landkreis nicht von ansässigen Unternehmen abgenommen würden. Er schlägt vor, große Abnehmer wie die Unternehmensgruppe Heilmann (Kartoffeln) oder Nordzucker (Rüben) anzusprechen, da hier Massenmengen transportiert würden. Er betont, dass die bisherigen Bemühungen ohne landwirtschaftliche Perspektive nicht sinnvoll seien.

### 6.2. Elbbrücke Darchau/Neu Darchau (ständiger TOP)

2025/643

**KTA Siebolds** betont, dass die aktuelle Debatte um die Brücke und die Fähre durch den Besuch der beiden Staatssekretäre im Amt Neuhaus vor einigen Wochen entscheidend vorangebracht worden sei. Die Aussagen der Staatssekretäre, wonach sich die Projekte Brücke und Fähre nicht gegenseitig ausschließen, hätten den Stand der Diskussion grundlegend geprägt.

**KTA Siebolds** weist darauf hin, dass die Begründung für die Priorisierung der Fähre in der aktuellen Phase darin liege, dass dringende Bedarfe bestünden und der Bau der Brücke länger dauern würde. Zudem sei die Formulierung im Koalitionsvertrag, wonach die Fähre bevorzugt werde, nicht als Ausschluss der Brücke zu verstehen, sondern als Präzisierung. **KTA Siebolds** betont, dass die Position des Gemeinderats zur Fähre eindeutig sei, während die Haltung zur Brücke heterogen und fragil bleibe.

**KTA Siebolds** erläutert, dass die aktuelle Position des Gemeinderats auf der Grundlage der Aussagen der Staatssekretäre und der Erklärungen Miriam Stautes im Koalitionsvertrag beruhe. Es sei entschieden worden, die Fähre als Übergangslösung zu fördern, da dies nicht mit einem automatischen Nein zur Brücke verbunden sei. **KTA Siebolds** betont, dass die Finanzierung der Fähre durch den Fährbetrieb kalkulierbar

sei und von Wirtschaftsprüfern und Kämmerern geprüft worden sei. Das einzige Risiko bestehe darin, dass bei einer Brückeninbetriebnahme innerhalb der Zweckbindung von fünf Jahren der Fährbetrieb eingestellt und Gelder zurückgezahlt werden müssten. **KTA Siebolds** weist zudem darauf hin, dass die Gemeinde durch den Verkauf der alten Fähre Risiken absichern könne.

**Vorsitzender KTA Siemke** fasst zusammen, dass die Diskussion ausführlich geführt worden sei.

**KTA Herzog** kritisiert, dass einstimmige Beschlüsse zur Fähre Klarheiten im Sinne des Koalitionsvertrags vermissen ließen. **KTA Herzog** weist auf die eindeutige Formulierung im Koalitionsvertrag hin, wonach die Fähre anstelle der Brücke Priorität habe, und moniert, dass die Landesregierung keine klaren Stellungnahmen abgebe. Er fordert verlässliche Antworten der Landesregierung, um Klarheit über die Zukunft der Brücke und der Fähre zu schaffen.

**KTA Siebolds** bestätigt, dass die Position des Gemeinderats zur Fähre klar und eindeutig sei, während die Haltung zur Brücke unklar bleibe. Er betont, dass die Fähre als Projekt gefördert werde und dass die Brücke weiterhin in der Zuständigkeit des Landkreises Lüneburg liege. Er weist außerdem darauf hin, dass die Gemeinde rechtliche Gutachten zur Planfeststellung der Brücke einhole und auf dieser Grundlage Entscheidungen treffen werde.

**Vorsitzender KTA Siemke** fasst die Diskussion zusammen und bestätigt, dass der aktuelle Sachstand zur Kenntnis genommen worden sei.

Es liegen weitere Anfragen vor.

**KTA Beckmann** betont, dass Herr Schermuly in einem Protokoll erwähnt habe, zwei Büros seien aufgrund von Asbestbelastung geräumt worden.

**EKR Schermuly** bestätigt dies und erläutert, dass es sich um zwei Büroräume und drei Archivräume handle, in denen die Ummantelung entlang von Kabelkanälen an bestimmten Stellen auseinanderbröselte. In den Archivräumen sei die Situation besonders stark ausgeprägt, sodass diese weiterhin gesperrt blieben. Dort würden nun Reinigungsarbeiten durchgeführt. Die beiden Büroräume seien zwar betroffen gewesen, jedoch hätten die Luftmessungen ergeben, dass der Asbest sich nicht in der Luft verteilt habe. Nach einer zweiwöchigen Räumung seien die Büroräume wieder freigegeben worden. Im Gegensatz dazu habe sich Asbest in den Archivräumen in der Luft verteilt, sodass dort Reinigungsarbeiten notwendig seien.

**KTA Beckmann** fragt, ob aktuell keine Gefährdung für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung bestehe, was **EKR Schermuly** bestätigt.

**Vorsitzender KTA Siemke** betont, dass die Verzögerung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) bei den Gemeinden zu Einnahmenverlusten in siebenstelligen Bereichen führe. Er fordert, die Flächenziele unbedingt zu erfüllen, und schlägt vor, zum nächsten Kreisausschuss Handlungsvorschläge zur Beschleunigung einzureichen. Dabei solle geprüft werden, ob externe Dienstleister zur Unterstützung herangezogen werden könnten, da personelle Ressourcen in der Verwaltung begrenzt seien.

**FDL 63 Schwarz** erläutert, dass der Flaschenhals in der Umweltprüfung liege, da Gutachter mehrere Landkreise betreuen und daher nur begrenzt parallel gearbeitet werden könne. Er nennt die Verlängerung der Gültigkeit des Regionalen Raumordnungsprogramms 2004 mit der ersten Änderung Wind (2019) bis 2027 bis dahin müsse die Neuaufstellung rechtskräftig sein. Dieser Zeitpunkt korrespondiere auch mit dem niedersächsischen Windenergieflächenbedarfsgesetz, welches regelt, dass bis Ende 2027 das erste Teilflächenziel für Windenergiegebiete erfüllt werden müsse. Zudem werde angestrebt, bereits 2027 das Teilflächenziel von 2032 zu erreichen.

**FDL 63 Schwarz** betont, dass die Verwaltung personell aufgestockt worden sei. Er weist zudem daraufhin, dass die Auswertung der Stellungnahmen und ein zweiter Entwurf des RROPs im Mai 2026 bzw. im Juni 2026 in die Gremien gegeben werden soll.

**Vorsitzender KTA Siemke** fragt, ob bei feststehender Flächenkulisse im RROP Entwurf parallel Anträge im Rahmen der Gemeindeöffnungsklausel gestellt werden könnten.

**FDL 63 Schwarz** bestätigt, dass Anträge nach Bundesimmissionsschutzgesetz auf eigenes Risiko beantragt werden könnten, und bestätigt als Beschleunigungsmöglichkeiten: die parallele Prüfung der Anträge zum laufenden Verfahren der Neuaufstellung des RROP oder zu Flächennutzungsplan-Änderungsverfahren, die im Rahmen der Gemeindeöffnungsklausel durchgeführt werden.

**FDL 63 Schwarz** erwähnt, dass beispielsweise im Oktober 2024 Genehmigungen für drei Windparks erteilt worden seien, aber aufgrund von Problemen bei der Komponentenverfügbarkeit und nachzureichender Änderungsunterlagen die Projekte bislang nicht umgesetzt worden seien. Er betont, dass für die

Verzögerungen der Errichtung von WEA mehrere Faktoren eine Rolle spielen, u.a. die Fristen bei Ausschreibungen der Bundesnetzagentur.

**Vorsitzender KTA Siemke** warnt, dass bei Verzögerungen gleichzeitig sehr viele Anträge im Immissionschutz auflaufen würden.

**FDL 63 Schwarz** stimmt zu und betont, dass frühzeitige Anträge die Belastung verteilen würden.

**KTA Herzog** betont, dass der Ausschuss ursprünglich Batteriespeicher nicht als dringlich angesehen habe, sich nun aber fragt, ob die Pressekonferenz zu diesem Thema, an der die Gremien nicht weitergehend beteiligt seien, rechtfertigbar sei. Er kritisiert, dass es absurd sei, Industrieanlagen wie Freiflächenphotovoltaik oder Windparks ohne entsprechende Speicherkulisse zu planen, da Speicherkapazitäten die Nutzung erneuerbarer Energien deutlich verbessern würden. Er fragt nach den Zielen der Pressekonferenz und begründet, warum das Thema nun behandelt werden müsse.

**FDL 63 Schwarz** korrigiert, dass es sich nicht um eine Pressekonferenz, sondern um ein Presse-Hintergrund-Gespräch handele, das auf Initiative der EJZ durchgeführt worden sei. Er erläutert, dass die Landrätin als kommunalrechtliches Organ die Verwaltung leitet und über die politische Beteiligung entscheidet. Im Übrigen können Verwaltungsverfahren wie der Vorbescheid an eine Firma nicht öffentlich thematisiert werden könnten. Um Fehlinformationen zu vermeiden wurde daher ein Presse-Hintergrund-Gespräch geführt. Er betont, dass dies ein normaler Verwaltungsvorgang sei.

**KTA Herzog** bestätigt, dass er die Pressekonferenz als solche verstanden habe, und betont erneut, dass Batteriespeicher für Netzstabilität und Kapazitätsnutzung entscheidend seien. Er kritisiert, dass die Kreisverwaltungsspitze die Gremien nicht in die Diskussion einbeziehe, obwohl das Thema nach seiner Auffassung dringend sei.

**EKR Schermuly** erläutert, dass Hintergrundgespräche der Sachverhaltsaufklärung dienen, um die Position der Verwaltung zu erklären und auf bestimmte Artikel oder Entscheidungen zu reagieren. Solche Gespräche seien nicht für die Veröffentlichung gedacht, sondern dienten der Transparenz der Verwaltungsentscheidungen.

**KTA Petersen** beantragt, das Thema im Kreisausschuss zu behandeln – nicht öffentlich – Zahlen, Daten und Fakten zu prüfen. Er verweist auf die Unzufriedenheit der Politik mit der aktuellen Entscheidung und auf potenzielle Möglichkeiten durch neue Gesetzgebung, um dennoch Lösungen zu finden.

#### Nichtöffentlicher Teil

### 7. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung

Es liegen keine Anfragen, Mitteilungen oder Kenntnismnahmen für die nicht öffentliche Sitzung vor.

**Vorsitzender Siemke** bedankt sich bei den Teilnehmenden und schließt die Sitzung.

gez. Siemke

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

gez. Magiera

\_\_\_\_\_  
Protokollführung